

**1989 - 2019: 30 Jahre Parteunabhängige und sachorientierte Politik für Heiligkreuzsteinach**

**Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!**

**Am 26. Mai steht die Wahl eines neuen Gemeinderats in Heiligkreuzsteinach an. Im Vorfeld der Wahl wird die FLH ihre Standpunkte zu bestimmten Themen veröffentlichen.**

**Energie und Umwelt:**

Die „Energiewende“ ist neben der Migrationspolitik das derzeit wohl meist diskutierte Thema im Land und die größte industriepolitische Herausforderung seit dem Krieg. Die Umstellung auf erneuerbare Energien wird aktuell mit politischem Hochdruck und viel Geld vorangetrieben. Keine Frage, langfristig müssen wir weg von fossilen Energieträgern hin zu den Erneuerbaren. Ziel ist es, eine zuverlässige Energieversorgung aufzubauen, die keine oder zumindest wenig Ressourcen verbraucht und auch keine Schadstoffe oder schädlichen Klimagase erzeugt. Dem Klimawandel soll damit Einhalt geboten und der globale Temperaturanstieg auf die vom Weltklimarat vorgegebenen 1,5° C begrenzt werden. Beim Ziel sind sich die meisten politischen Gruppierungen noch einig; alleine die Maßnahmen, wie das Ziel erreicht werden kann, sorgen für heftige Diskussionen und sind oftmals leider rein ideologiegetrieben und lassen die Sachlichkeit vermissen.

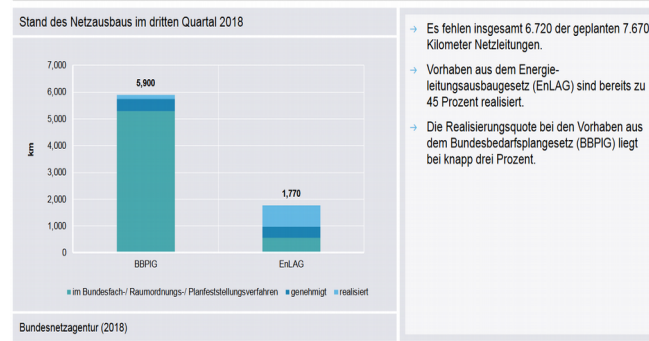
**Rückblick auf das bisher Erreichte:**

Seit nunmehr fast 20 Jahren gibt es das „EEG“, das Erneuerbare-Energien-Gesetz, welches die Erzeugung von regenerativem Strom über die EEG-Zulage (gezahlt von allen BürgerInnen) über den Strompreis subventioniert. Für das Gesamtkonstrukt Energiewende wurden dafür bisher ca. 200 Milliarden Euro von uns allen bezahlt. Würde das EEG heute gestoppt werden, so fielen noch weitere ca. 300 Milliarden Euro an, da die Zusagen für 20 Jahre gelten. Aktuell spricht man von 34 Milliarden Euro, die pro Jahr in die „Energiewende“ fließen. Profiteure davon sind hauptsächlich Betreiber von Windkraft-, Biogas- und Photovoltaikanlagen sowie die Hersteller der jeweiligen Infrastruktur und Anlagen. Die Bruttomenge an regenerativ produziertem Strom beträgt dabei ca. knapp 40 % des gesamten deutschen Stromverbrauches (siehe jedoch Absatz „Grenzen der Erneuerbaren“). Würde man den Rest ebenfalls so erzeugen, dann kämen entsprechende Kosten noch hinzu.

**Grenzen der Erneuerbaren:**

Leider haben die Hauptkomponenten der „Erneuerbaren Energien“ (Wind- und Sonnenenergie) das Problem, dass sie nicht zuverlässig Strom liefern, sondern manchmal sogar fast gänzlich ausfallen. Strom kann und wird auch auf absehbare Zeit nicht in großem Maßstab gespeichert werden können (auch wenn viele Politiker das behaupten). Strom muss letztendlich dann produziert werden, wenn er nachgefragt wird. Ohne die entsprechende Nachfrage ist erzeugter Strom praktisch Abfall, der über die Strombörse zu Niedrigstpreisen entsorgt wird. Das führt dazu, dass wir uns einen konventionellen Kraftwerkspark (z.B. Gaskraftwerke) mit großen Kapazitäten vorhalten müssen, um Flaute zu überbrücken. Kein Unternehmen wird so ein Kraftwerk betreiben, wenn es damit keinen Gewinn erwirtschaften kann, d.h. auch hier muss der Stromkunde z.B. den Stand-by-Betrieb bezahlen. Alternativ könnten wir auch Strom aus dem europäischen Ausland zukaufen. Der käme dann z.B. von französischen, belgischen und tschechischen Atom- oder Kohlekraftwerken die unsere Nachbarn entsprechend länger laufen lassen würden, um unsere Nachfrage bei „Dunkelflaute“ zu befriedigen. Von den fehlenden Netzleitungen einmal ganz abgesehen.

**Von den geplanten 7.670 Kilometer Netzleitungen sind bislang 950 km errichtet**



## Auswirkung der „Energiewende“ auf Mensch, Natur und Umwelt:

Eigentlich sollten die regenerativen Energien Natur und Umwelt schützen und bewahren. Doch schon jetzt beklagen Umweltschützer die „Vermaisung“ und „Verspargelung“ der Landschaft mit allen negativen Konsequenzen für Natur, Mensch und Umwelt. Gingen im Hambacher Forst zehntausende für den Erhalt des Waldes demonstrieren und wurde die Rodung schließlich wegen der Bechsteinfledermaus gestoppt, so wird z.B. im Odenwald beim Bau von Windkraftanlagen das Vorhandensein von geschützten Arten noch meist ignoriert. Fallen Bäume für Windanlagen oder werden dadurch Arten bedroht, ist das für den Klimaschutz in Ordnung. Die Natur selbst, hat keine Lobby mehr. Steht sie dem Ausbau der Windkraft im Wege, dann haben Schwarzstorch und andere Tierarten einfach Pech gehabt. Ehemals etablierte Naturschutzverbände sowie politische Parteien sehen hier im Moment keinen Handlungsbedarf. Gänzlich ignoriert wird dabei der Mensch. Direkt Betroffene werden nicht gefragt, ob sie Windkraftanlagen haben wollen oder nicht. Jeder ist für erneuerbare Energien, solange er nicht selbst betroffen ist. Letztendlich ist es die Landbevölkerung, welche hier die Hauptlast zu tragen hat.

## Effekt der „Energiewende“ auf das Klima:

Wenn wir nun so einen hohen Preis für die „Energiewende“ zahlen, dann sollte doch am Ende auch etwas dabei herauskommen. Wie oben erwähnt, wird derzeit etwas mehr als ein Drittel des Stromes mittels der Erneuerbaren erzeugt. Die Stromerzeugung deckt dabei allerdings nur ca. 20 % des gesamten deutschen Energieverbrauches ab. D.h. wir reden derzeit eher von einer „Stromwende“, denn 80 % der Energie werden für Verkehr und Heizen benötigt. Diese sind bei den genannten Kosten auch noch gar nicht berücksichtigt. Der gesamte Anteil Deutschlands am weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoß liegt bei derzeit ca. 2 %. Die Stromproduktion alleine jedoch nur bei 0,4 %. Etwas mehr als ein Drittel davon wird durch Erneuerbare erzeugt, also ca. 0,15 %. Das wäre also die maximale Ausbeute bzw. CO<sub>2</sub>-Reduktion von den bisher investierten mehr als 500 Milliarden Euro! Unberücksichtigt ist dabei, dass konventioneller Strom oft gar nicht durch erneuerbaren Strom ersetzt wird, da Kern- und Kohlekraftwerke nicht einfach abgeschaltet werden können, wenn der Wind mal weht und die Sonne scheint. Die vielgepriesene Vorreiterrolle Deutschlands beim Klimaschutz gibt es in Wahrheit nicht. Kein Land versenkt mehr Geld in ein nicht funktionierendes Klimaschutzkonzept als Deutschland. Geld, das z.B. besser in Forschung, Entwicklung und Bildung angelegt werden würde, wird sinnlos in nicht wirksame Klimaschutzkonzepte investiert.

All das ist bekannt, jedoch traut sich kein Politiker, das Steuer herumzureißen, da man sich mit den EEG-Geldern mittlerweile eine starke Ökostromlobby herangezüchtet hat, die selbst nach fast 20 Jahren immer noch auf Förderung angewiesen ist. Ein Lösungsansatz kann nur auf internationaler Ebene funktionieren. Deutschland nimmt sich hier wieder einmal viel zu wichtig. Wir versuchen, ein globales Problem mit lokalen und planwirtschaftlichen Mitteln zu lösen, und blenden aus, dass es um uns herum auch noch eine Welt gibt, mit der wir in Wechselwirkung stehen.

## Was kann stattdessen getan werden?

Politiker wollen gewählt werden, unbequeme Wahrheiten oder Tatsachen würden Wähler verschrecken. Die „Grünen“ haben das beim „VeggieDay“ schmerzhaft zu spüren bekommen. Aus diesem Grunde wird derzeit kein Politiker Verzicht fordern. Stattdessen werden Scheinlösungen propagiert, die allesamt nicht zielführend sind. Die Menschen fahren weiterhin SUVs und fliegen in Urlaub, mehr als je zuvor. Die ehrliche Antwort lautet jedoch: „Ohne Verzicht geht es nicht.“ An vorderster Stelle steht dabei der Konsum- und Mobilitätsverzicht. Der „vielfliegende, SUV-fahrende und grünwählende Veganer“ zeigt gerne mit dem Finger auf die Regierungspolitiker. Wenn er es ehrlich mit dem Klimaschutz meinen würde, dann würde er seinen SUV gegen einen Kleinwagen tauschen und weniger Flugreisen unternehmen. Da ist es doch viel bequemer, den Verheißungen mancher Politiker zu glauben, hunderte von Milliarden in den wankenden Ausbau der Erneuerbaren zu investieren und weiter so zu leben wie bisher. Sinnvoller wäre es z.B. auch, Projekte in den Ländern zu unterstützen, die gerade dabei sind, eine Energieversorgung aufzubauen, und wo es sich anbietet, eine erneuerbare bzw. eine dezentrale Energiegewinnung einzusetzen. Nebenbei leistet man damit auch noch einen Beitrag zur Entwicklung dieser Länder und mindert den Migrationsdruck in Richtung Europa.



Johannes Fink Anja Schork-Raabe Rüdiger Krieg